

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 13.05.2026

Tagungsort: Ratssaal, Neues Rathaus

Beginn: 16:08 Uhr

Ende: 16:52 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Bartsch
Herr Bäumer
Herr Özsan

SPD

Frau Weißenfeld

Vorsitz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Stellv. Vorsitz

AfD

Herr Gerfen

Die Linke

Frau Koç

FDP

Herr Kasper

Vertreter*innen der freien Jugendhilfe

Frau Hopster
Frau Weinrich
Herr Varnholt
Frau Wollenberg
Frau Sonntag

AWO Kreisverband
DRK
Diakonieverband Brackwede
SJD - die Falken
Trägerverein der Ev. Kinder und
Jugendarbeit

Beratende Mitglieder

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger
Herr Hanke

Herr Aykanat

Frau Häckel
Frau Hoffmann
Herr Kappeller
Herr Mersch
Frau Vohns

Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie
- Jugendamt -
Ausschuss für Chancengerechtigkeit
und Integration
Bielefelder Jugendring e.V.
Evangelische Kirche
REGE mbH
BezirksschülerInnenVertretung
Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Frau Harring

Herr Leesemann

Frau Rebert

Amt für Jugend und Familie

- Jugendamt -

Stab Dezernat 5

Amt für Jugend und Familie

- Jugendamt -

Schriftführung

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Weißenfeld eröffnet die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 3 Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.2026 (Sondersitzung)

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.03.2026 (Sondersitzung) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Vorsitzende Frau Weißenfeld gibt eine mündliche Mitteilung.

Sie teilt mit, dass in der vergangenen Woche ein von den Jugendverbänden organisierter Jugendaustausch zwischen der Stadt Adana und der Stadt Bielefeld stattgefunden habe. Anfang Oktober werde eine Gruppe Jugendlicher aus Bielefeld nach Adana reisen. Im Anschluss daran solle in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses darüber berichtet werden.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den beteiligten Trägern für die Durchführung und Unterstützung des Jugendaustauschs.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0572/2025-2030/1

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass gestern im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) zwei Änderungsanträge gestellt worden seien. Diese seien im Jugendhilfeausschuss bislang nicht eingebracht worden. Sie schlägt daher vor, über den Beschluss des SGA abzustimmen.

Erster Beigeordneter Nürnberger führt in die Vorlage der Verwaltung ein und teilt mit, dass die zusätzliche kommunale Förderung von Beschäftigungsverhältnissen, die vom Jobcenter nach § 16i SGB II unterstützt werden, auslaufen und zudem die Ernährungsbildung in Kitas durch die REGE eingestellt werden solle. Auch wegen dieser Einsparungen könnten aber andererseits die in der Vorlage genannten wichtigen präventiv wirkenden Maßnahmen fortgesetzt und abgesichert werden. Diese wurden bisher nur durch das Integrationsbudget gefördert. Zu dieser Vorlage sei gestern im SGA ein Antrag der Koalition gestellt worden.

Erster Beigeordneter Nürnberger berichtet über den im SGA gefassten Beschluss. Gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag seien Punkt 1 sowie Punkt 7 geändert worden. Während die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen habe, die kommunale Förderung der Träger im Rahmen des § 16i SGB II vollständig auslaufen zu lassen und ab dem 01.05.2026 keine neuen Förderzusagen mehr zu erteilen, habe der SGA beschlossen, die Förderung zu verringern. Ab dem 01.06.2026 sollen kommunale Förderungen für neue Einsatzstellen erst ab dem dritten Jahr des Beschäftigungsverhältnisses bewilligt werden. Zudem solle sich die Fördersumme künftig am jeweiligen Stellenanteil orientieren. Durch diese Umstellung würde die erste Neubewilligung nach den neuen Regelungen voraussichtlich ab Mai 2028 erfolgen. Die darüberhinausgehenden Haushaltsverbesserungen, die dem globalen Minderaufwand zufließen, erhöhten sich von ursprünglich vorgesehenen 69.000 Euro auf nunmehr 159.000 Euro im Jahr 2026.

Herr Hood erklärt, Ernährungsberatung beziehungsweise Ernährungsbildung seien ein wichtiges präventives Instrument. Angesichts der aktuellen gesundheitlichen Lage vieler Kinder, insbesondere im Hinblick auf Adipositas, stelle sich die Frage, ob dieses Angebot nicht aus anderen Mitteln finanziert werden könne.

Als Begründung für die Einstellung der Ernährungsbildung werde angeführt, dass die Kitas diese Aufgabe auch selbst übernehmen könnten. Herr Hood entgegnet jedoch, dass externe Fachkräfte dabei eine wichtige Unterstützung leisten würden und es hierzu bereits gute Erfahrungen gebe. Zudem weist er darauf hin, dass mit der Einstellung des Angebots auch eine Stelle wegfallen würde.

Herr Hood erläutert den gestern im SGA gestellten Änderungsantrag seiner Fraktion. Es sei der Wunsch gewesen, eine Lösung zu finden, durch die zumindest ein Teil der 16i-Stellen weiterfinanziert werden

könne. Zudem hätte man sich gewünscht, bereits im Vorfeld gemeinsam ins Gespräch zu kommen. Der Beschlussvorschlag der Koalition sei erst gestern gegen 15 Uhr veröffentlicht worden. Insbesondere Trägerstellen, die stark von den Zuschlägen der 16i-Stellen abhängig seien, stünden nun vor großen Herausforderungen. Auch in der Verwaltung angesiedelte Stellen seien betroffen.

Frau Hopster spricht sich dafür aus, die Zusammenarbeit künftig nochmals gemeinsam zu betrachten. Aus Sicht der Träger seien viele Einrichtungen betroffen. Man stehe für einen Austausch mit der Politik zur Verfügung.

Die Entscheidung sei eine Wahl „zwischen Pest und Cholera“. Sie betont, dass alle in den Vorlagen genannten Maßnahmen gleich wichtig seien. Sie erklärt, man werde dem Beschluss zustimmen, da dieser einen Kompromiss darstelle. Kompromisse seien jedoch immer mit Einschnitten verbunden und täten weh. Einige Träger würden stärker unter den Auswirkungen leiden als andere. Die Träger seien bemüht, möglichst viele Stellen aufrechtzuerhalten.

Herr Bäumer erklärt, die Entscheidung sei nicht einfach gewesen. Bereits gestern im SGA sei deutlich geworden, dass große Herausforderungen und schwierige Zeiten bevorstünden. Er schlägt daher vor, dem Kompromissvorschlag beziehungsweise dem Beschluss des SGA zu folgen.

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt über den gestrigen Beschluss des SGA abstimmen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Die kommunale Förderung der Träger im Rahmen des SGBII §16i wird verringert. Ab 01.06.2026 sind kommunale Förderungen für neue Einsatzstellen erst ab dem 3. Jahr des Beschäftigungsverhältnisses zu bewilligen. Zudem soll sich die Fördersumme am jeweiligen Stellenanteil bemessen. Durch diese Förderungsumstellung würde die erste Neubewilligung nach den neuen Regelungen ab Mai 2028 erfolgen.
2. Das Projekt „Ernährungsbildung in Kitas“ der REGE wird zum 30.09.2026 eingestellt.
3. Die Nacht der Berufe und die Berufsinformationsbörse werden in 2026 aus Mitteln finanziert, die bisher für die Förderung von Einsatzstellen im Rahmen des §16i SGB II eingeplant waren.
4. Das Bewerbungscenter für Zugewanderte wird in 2026 aus Mitteln finanziert, die bisher für die Förderung von Einsatzstellen im Rahmen des §16i SGB II eingeplant waren.
5. Das Übergangsmanagement an Realschulen wird verstetigt. Die Finanzierung erfolgt in 2026 aus Mitteln, die bisher für das Projekt „Ernährungsbildung in Kitas“ eingeplant waren.
6. Ziel für die Angebote in den Punkten 3 bis 5 ist eine Verstetigung mit den Haushaltsberatungen für 2027f.
7. Die darüberhinausgehenden Haushaltsverbesserungen in Höhe

von 159.000 Euro im Jahr 2026 kommen dem globalen Minderaufwand zu.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Ausbildungsreport 2025 der Jugendberufsagentur

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1222/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass der Ausbildungsreport vorliege. Daraus gehe hervor, dass sich der Arbeitsmarkt insgesamt verschlechtere und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit steige. In Bielefeld sei die Entwicklung bislang nicht dramatisch, dennoch müsse die steigende Jugendarbeitslosigkeit weiterhin im Blick behalten werden. Die Zahlen der Industrie- und Handelskammer würden auch weiterhin berücksichtigt. Darüber hinaus solle der Bericht erweitert werden, sodass künftig nicht nur die Ausbildungssituation, sondern auch die Arbeitsmarktlage der unter 25-Jährigen betrachtet werde. Die Zahlen sollen digital aufbereitet und dem Gremium zum Ende des Jahres vorgestellt werden.

Das Gremium nimmt den Ausbildungsreport zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Heepen (Bentruperheider Weg, 33719 Bielefeld)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0412/2025-2030

Frau Weinrich erklärt sich für befangen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld führt in die Vorlage ein. Es liege ein Votum der Bezirksvertretung Heepen vor zugunsten der zwei Träger Educare und DRK vor.

Herr Bäumer erklärt, dass die CDU-Fraktion den Kriterienkatalog nachvollzogen habe. Danach spreche sie sich für den in Bielefeld bereits bekannten und etablierten Träger Deutsches Rotes Kreuz aus und werde daher entsprechend abstimmen.

Herr Hood äußert seine Enttäuschung darüber, dass in der Diskussion keine inhaltlichen Kriterien vorgebracht worden seien. Es gebe viele Argumente, die für beide Träger sprächen, weshalb eine sorgfältige Abwägung erforderlich sei. Der DRK-Kreisverband sei zwar ein guter und bekannter Träger, allerdings sei die Trägervielfalt in Heepen bereits jetzt durch mehrere DRK-Einrichtungen begrenzt. Der Träger Educare sei hingegen noch nicht bekannt. Daher könne man überlegen, Educare – ähnlich wie seinerzeit Yekmal – einmal in den Ausschuss einzuladen, um den Träger kennenzulernen. Trotz dieser Überlegungen entscheide er sich aufgrund der Bekanntheit und der bislang guten Erfahrungen

dennoch für das DRK, da sich der Träger bewährt habe.

Frau Hopster erklärt, dass sich die AGW in Fällen, in denen zwei AGW-Träger zur Auswahl stünden, üblicherweise enthalte. Da es sich in diesem Fall jedoch nicht um zwei AGW-Träger handle, werde man sich diesmal nicht enthalten und für das DRK stimmen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Vorbehaltlich des Standortbeschlusses zugunsten einer neuen Kindertageseinrichtung im Neubaugebiet Bentruperheider Weg wird die Trägerschaft für diese Einrichtung im Stadtbezirk Heepen dem DRK Kreisverband Bielefeld e.V. (DRK) übertragen.
2. Über die beantragte Übernahme des gesetzlichen Finanzierungsanteils des Trägers nach § 36 Abs. 2 KiBiz ab Inbetriebnahme der Kita treffen die zuständigen politischen Gremien zu einem späteren Zeitpunkt eine separate Entscheidung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem ausgewählten Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt – als überörtlichem Träger der Jugendhilfe durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Trägerauswahl für die neue Kindertageseinrichtung im Kindergartenbezirk Heepen Wohnbereich an der Potsdamer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1137/2025-2030

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt in diesem begründeten Einzelfall, vom Interessenbekundungsverfahren abzusehen und die Trägerschaft direkt zu vergeben.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Evangelischen Kirchenkreis Bielefeld die Trägerschaft für die geplante Kita an der Potsdamer Straße 75 in Bielefeld Heepen zu übertragen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Kapazitätsanpassung in den städtischen Kindertageseinrichtungen zum Kindergartenjahr 2027/2028.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1193/2025-2030

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, die Kitabedarfsplanung sei „ein wenig wie Tetris spielen“. Viele Faktoren müssten zusammengeführt werden, damit die Planung für alle Beteiligten passe. Freie Träger seien darauf angewiesen, dass die Auslastung ihrer Einrichtungen gesichert sei. Gleichzeitig benötigten auch die städtischen Träger funktionierende Kitas mit angemessenen Räumlichkeiten und einer ausreichenden Auslastung.

Zum 31.07.2027 werden folgende Maßnahmen in Betracht gezogen:

- Schließung der städtischen Kindertageseinrichtung KiTa Holtkamp
- Reduzierung um jeweils eine Gruppe an den städtischen Standorten KiTa Oberummeln und KiTa Am Lichtebach
- Reduzierung um zwei Gruppen am städtischen Standort KiTa Kupferhammer

Erster Beigeordneter Nürnberger berichtet, dass die Planungen in Brackwede auf Unmut gestoßen seien. Es hätten sich Fragen ergeben, weshalb weiterer Diskussionsbedarf bestehe. Gleichzeitig betont er, dass wichtige Veränderungen frühzeitig mit den Mitarbeitenden sowie den betroffenen politischen Gremien kommuniziert werden sollten. Vor diesem Hintergrund sei die Informationsvorlage bewusst bereits zu einem frühen Zeitpunkt eingebracht worden.

Herr Bäumer bestätigt, dass es großen Unmut in Brackwede gebe. Zudem gebe es noch einige offene Fragen sowie einen bereits erstellten Fragenkatalog aus Brackwede.

Herr Hood regt an, die offenen Fragen aus der Bezirksvertretung sowie die entsprechenden Antworten anschließend auch dem Jugendhilfeausschuss (JHA) zur Verfügung zu stellen.

Herr Özşan betont ebenfalls den großen Unmut in Brackwede. Eine überarbeitete Informationsvorlage sei notwendig. Zudem müsse der Bezirk stärker eingebunden werden. Ziel müsse es sein, offene Fragen zu beantworten und einen gemeinsamen Nenner zu finden. Die derzeitige Informationsvorlage reiche aus seiner Sicht nicht aus, um eine Schließung oder massive Kürzungen zu rechtfertigen. Er verweist darauf, dass an verschiedenen Kitas weiterhin Anmeldungen abgewiesen würden, was bei Eltern und Politik auf Unverständnis stoße.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger äußert Verständnis für den Unmut. An der Informationsvorlage sei bis zuletzt gearbeitet worden, da die Planungen komplex seien. Die Anmeldungen für das Kita-Jahr 2026/2027 lägen inzwischen vor und seien eindeutig. Zwar sei die Anmeldelage für

August 2027 noch nicht im Detail bekannt, jedoch sei kurzfristig keine gravierende demografische Veränderung zu erwarten. An diesen Zahlen orientierten sich die Maßnahmen. Gleichzeitig bittet er um einen Vertrauensvorschuss.

Er betont zudem, dass es im Stadtteil weiterhin ein ausreichendes Angebot geben werde und jedes Kind einen Kita-Platz finden werde. Allerdings müsse gesteuert werden, da halbleere Kitas wirtschaftlich nicht dauerhaft tragfähig seien – weder für die städtischen noch für die freien Träger.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fasst abschließend zusammen, dass die Fragen aus der Bezirksvertretung Brackwede gesammelt und im weiteren Verfahren auch im JHA behandelt werden sollen.

Das Gremium nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Neubesetzung des Vergabegremiums für die Verteilung von Projektmitteln aus dem „Teilhabefonds“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1281/2025-2030

Vorsitzende Frau Weißenfeld führt kurz in die Vorlage ein.

Erster Beigeordneter Nürnberger weist ergänzend darauf hin, dass auch der Kinder- und Jugendrat bei den weiteren Überlegungen berücksichtigt werden solle. Der SGA habe die Erweiterung des Vergabegremiums in diesem Sinne beschlossen.

Das Gremium nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Benennung von Mitgliedern für den Fachbeirat für Mädchenarbeit

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1246/2025-2030

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Frau Margarita Bergen vom Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Bielefeld wird als stimmberechtigtes Mitglied für das Arbeitsfeld „Arbeit mit Mädchen in der Migrationsgesellschaft“ in den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld gewählt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Hanke kündigt für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.06.2026 folgende Themen an:

- Schwerpunktthema Kinderschutz
 - o Frühe Hilfen und Kinderschutz
 - o Kindeswohlgefährdungen
- Sachstandsbericht Sleep In
- Fragenbeantwortung zum Abbau von Gruppen in städtischen Kitas in Brackwede
- Beschluss der Bezirksvertretung Stieghorst zu den Kriterien für die Vergabe von Kita-Trägerschaften
- Verwendung des OKJA-Investbudgets 2026
- Neue Rahmenrichtlinien Mädchenarbeit

gez. Regine Weißenfeld
Vorsitzende

gez. Jana Rebert
Schriftführung